

Avanti

2

Theoriebeilage

**Erinnerung:
Ernest Mandel
(1923 - 1995)**

ISO Rhein-Neckar

**Seuche: Kapitalismus
Medizin: Gegenwehr
Ergebnis: Solidarität!**



INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		INTERNATIONAL
01 KAPITALISMUS Subventionen für Profitmaximierung EDITORIAL/INHALT/CORONA-KRISE	<p><i>Liebe Leserinnen und Leser,</i> Menschen sind für SARS-COV-2 wie offene Wunden, die darauf warten, infiziert zu werden. Nach offiziellen Zahlen sind aufgrund von COVID-19 weltweit mittlerweile über 500.000 und in Deutschland über 9.000 Menschen gestorben. Ein Ende der Pandemie ist nicht in Sicht. Das Versagen der Herrschenden und ihres politischen Personals ist offenkundig. Eigentlich.</p> <p>Denn es gibt nach wie vor einerseits das Gerede, dass es ja schlimmer hätte kommen können, und – noch übler – andererseits, dass eine tödliche Bedrohung durch Corona kaum oder gar nicht existieren würde.</p> <p>Beschönigungen und Lügen sind zwei Seiten derselben pro-kapitalistischen Medaille, die wir auch in dieser Sommerausgabe von <i>Avanti</i>² kritisch und in mehrerlei Hinsicht unter die Lupe nehmen.</p> <p>Unsere Theoriebeilage erinnert an Ernest Mandel, dessen Todestag sich am 20. Juli zum 25. Mal jährt.</p> <p>Wir wünschen Euch viel Freude beim Lesen und einen erholsamen Sommerurlaub.</p> <p>Passt auf Euch auf und bleibt gesund!</p> <p style="text-align: right;"><i>Eure Redaktion</i></p>	09 FRANKREICH Neue Angriffe RASSISMUS
02 KRISENFOLGEN Sollen wir wieder zahlen? CORONA-KRISE		10 POLIZEI Kein Freund und Helfer? ISO
03 KRISENFOLGEN Gesellschaftlicher Aktionsplan SOZIALE FRONT		11 SEMINAR Was tun?
04 UNTEILBAR Einmaliger Aktionstag?		11 SOMMERFEST Achtsam feiern mit Abstand RÜCKBLENDE/TERMINE
05 VERNETZUNG Wer, wenn nicht wir BETRIEB UND GEWERKSCHAFT		12 GRUNDGESETZ Ohne „Rasse“?
06 BETRIEBSRÄTE Weiter im Corona-Stress?		12 TERMINE THEORIEBEILAGE
07 KAUFHOF Plattmacher am Werk		01 ERINNERUNG Ernest Mandel (1923 – 1995)
08 KONFERENZ BR im Visier?		

„Wir zahlen nicht für eure Krise(n) – oder doch?“

R. G.

So lautete der Titel des Video-Infoabends der ISO-Gruppe Rhein-Neckar am 26. Juni 2020. Diesmal ging es darum, wer für die Kosten der „Corona-Krise“ zur Kasse gebeten werden soll.

Von der Pandemie zur Krise

Faktenreich ging der Referent auf die aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Lage ein. Verschärft durch die COVID-19-Pandemie stürze die kapitalistische Weltwirtschaft in eine schwere Krise.

Inzwischen seien allein in Deutschland ca. 7,5 Mio. Menschen aus rund 750.000 Unternehmen in Kurzarbeit. Die Arbeitslosigkeit steige dramatisch. Hunderttausende Unternehmen hätten staatliche Unterstützungen in Anspruch genommen. Die staatlichen Programme würden aber vor allem Konzernen helfen.

Die aktuelle Krise werde genutzt, um den profitorientierten Umbau des Kapitalismus weiter zu beschleunigen. So würden Arbeitsbedingungen in Frage gestellt, Tarif- und Sozialstandards angegriffen, die Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeit vorangetrieben und vieles andere mehr. Konsequenter Naturschutz und Abrüstung seien jedoch keine Themen für die Herrschenden. Und nicht zuletzt drohe weltweit eine weitere Aushöhlung der Demokratie und der Grund- und Menschenrechte.

Die wahren gesellschaftlichen „Kosten“ der Krise ließen sich aber nicht in Geld messen. Diese seien vielmehr die COVID-19-Toten sowie das durch die Pandemie und deren gesellschaftliche Folgen verursachte Leid der Alten, Kranken, Armen, Frauen und Kinder.

Zum Schluss stellte der Referent den COVID-19-Aktionsplan der ISO den bürgerlichen Maßnahmen entgegen.

Gemeinsamen Widerstand organisieren

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderem um die prokapitalistische Rolle der Gewerkschaftsführungen, die geringe Kampfbereitschaft der Belegschaften sowie das derzeit weitgehend fehlende Engagement der „Bevölkerung“ für anti-kapitalistischem Widerstand.

Aber wie immer bei den ISO-Infoabenden wurden auch ganz praktische Fragen diskutiert: Wie kann Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge vermittelt werden? Wie kann Widerstand organisiert werden? Widerstand, der nicht ausgrenzen will, sondern von (internationaler) Solidarität geprägt ist und eine lebenswerte Welt für alle zum Ziel hat. ■



#unteilbar-Kundgebung am 13. Juni in Mannheim.

Statt „Wumms“ Dem Schwindel ein Ende bereiten!

H. N.

Die größte Krise aller Zeiten wird von den herrschenden 0,1 Prozent – nicht nur hierzu-lande – lautstark beschworen. Ihre Sprachrohre in Medien, Politik, Verbänden und „Wissenschaft“ verstärken ihr Gejammer zu einem unglaublichen Getöse. So soll uns Hören und Sehen vergehen und das Denken erst recht.

Einem der Vordenker der alten Sozialdemokratie, Karl Kautsky, wird folgender Satz zugeschrieben: „Bei Gott, wenn ich das alles überdenke, dann erscheint mir jeder der heutigen Staaten nur als eine Verschwörung der Reichen, die unter dem Vorwand des Gemeinwohls ihren eigenen Vorteil verfolgen und mit allen Kniffen und Schlichen danach trachten, sich den Besitz dessen zu sichern, was sie unrecht erworben haben, und die Arbeit der Armen für so geringes Entgelt als möglich für sich zu erlangen und auszubeuten.“

Das klingt ziemlich aktuell. Wir sollten allerdings in Kautskys Satz noch die mit krimineller Energie betriebene zerstörerische Ausbeutung der Natur einfügen.

Die Deutsche Bank ist ein ebenso im Schwindel geübtes Unternehmen wie etwa Amazon, Karstadt-Kaufhof, Tönnies oder Wirecard. Die Deutsche Bank also geht davon aus, dass die „Corona-Krise“ allein Deutschland 1,9 Billionen Euro kosten wird.

Zusätzlich zu den Milliarden, die die GroKo schon zuvor an kleinere und mittlere Unternehmen ausschüttete, hat die Bundesregierung nun Anfang Juni ihren „Wumms“ beschlossen. Er hat ein Volumen von rund 130 Milliarden Euro und kommt überwiegend den großen Konzernen zugute.

„Gestärkt aus der Krise“

Gesamtmetall, der wichtigste deutsche Branchen-Industrieverband, sieht die Krise als Chance und bläst zur Attacke in der Metall- und Elektroindustrie. Das Ziel der „Vorschläge für die Corona-Krise“ ist klar: „Gestärkt aus der Krise hervorgehen“.

Die sieben Stufen auf dem Weg dahin sollen sein: 1. Noch mehr Geld vom Staat ohne Kontrolle. 2. Stopp der wenigen geplanten und sogar rückgängig machen der bereits umgesetzten sozialpolitischen Verbesserungen der GroKo (bei Renten, Befristungen usw.). 3. Noch leichteres Heuern und Feuern. 4. Schnellstmöglicher „Normalbetrieb“ bei Kitas, Horten und Schulen sowie weitere Aushebelung der Arbeitszeitgesetzes. 5. Maximales Rückfahren des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes. 6. Mehr Staats- subventionen für betriebliche Aus- und Weiterbildung. Sowie: 7. Noch mehr Erleichterungen für Konzerne auf EU-Ebene.

Nicht offen formuliert ist das Ziel von Gesamtmetall, die IG Metall als derzeit zahlenmäßig stärkste Gewerkschaft zu einer IG BCE 2.0 zu degradieren. So könnten die M+E-Kapitalisten endlich das größte Hindernis für die uneingeschränkte „Diktatur der Zahlen“ (Jack Welch) aus dem Weg räumen.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es dringend erforderlich, unseren Aktionsplan für die Verteidigung der Interessen der arbeitenden Klassen weiter zu entwickeln, ihn zu propagieren und für seine Umsetzung zu kämpfen.

Rund 7,3 Millionen Kurzarbeitende im Mai und ein erwarteter Anstieg der offiziellen Arbeitslosigkeit auf 3 Millionen im Sommer werfen ein grelles Licht auf die aktuelle Lage. Vor diesem Hintergrund ist die bisherige, aus Steuergeldern finanzierte milliardenschwere Subventionierung entgangener Profite zu stoppen. Zudem müssen auch die Konzerne und die Superreichen ihre Vermögensverhältnisse offenlegen.

Plan öffentlicher Arbeiten

Wollen die arbeitenden Klassen und ihre Gewerkschaften sich nicht selbst dem Untergang ausliefern, dann müssen sie endlich für eine grundlegende Wende kämpfen. Sie dürfen nicht weiter hinnehmen, dass ein wachsender Teil der KollegInnen zu Dauer-Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten, Niedriglohn-ArbeiterInnen und „Aufstockern“ gemacht wird.

Deshalb muss ein gesellschaftlich nützlicher und ökologisch wirksamer Plan öffentlicher Arbeiten demokratisch erstellt und durchgesetzt werden. Er muss sinnvolle Arbeit und eine würdige Existenz für alle Menschen ermöglichen. Denn das Recht auf Arbeit ist elementar für die arbeitenden Klassen in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft.

Leiharbeit, Werksverträge und alle Formen prekärer Beschäftigung müssen ebenso wie Entlassungen verboten werden. Statt Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für Millionen muss die Arbeit auf alle verteilt werden, zum Beispiel durch eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust in Stufen: 35-Stundenwoche, 30-Stundenwoche ...

Das Existenzminimum von prekär Beschäftigten und selbständiger Tätigen ist umgehend und unbürokratisch zu sichern.

Ein Mindestlohn von 15 € ist umgehend einzuführen.

Solidaritätssteuer für Reiche

Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus einer Solidaritätssteuer von 20 % auf alle Geldvermögen über 1 Million Euro und aus der Beschlagnahme aller zur „Steuer-Optimierung“ im Ausland versteckten Milliarden.

Damit und mit den bisher dem Kapital in den gierigen Rachen geworfenen Unsummen könnte zudem die dringend erforderliche gesellschaftliche Daseinsvorsorge in den Bereichen Armutsbekämpfung, Bildung, Energie, Ernährung, Gesundheit, Kultur, Naturschutz, Pflege, Verkehr und Wohnen spürbar verbessert werden.

Die Herrschenden und ihre Helfershelfer werden auf die „Unmöglichkeit der Verwirklichung“ unserer Forderungen hinweisen. Diese ist jedoch eine Frage der Kräfteverhältnisse und kann nur durch den Kampf beantwortet werden. ■

Kundgebung #unteilbar in Mannheim „Wir knüpfen ein Band der Solidarität.“

H. S.

„Das Aktionsbündnis #unteilbar knüpfte am Samstag, den 13. Juni 2020, um 15 Uhr auf dem Paradeplatz inhaltlich „ein Band der Solidarität“. Mit der Kundgebung machten die InitiatorInnen auf Ungerechtigkeiten in der Corona-Krise aufmerksam. Die Veranstaltung fand in Ergänzung zum bundesweiten Aktionstag von #unteilbar am 14. Juni 2020 statt.

Zwölf Initiativen und Organisationen konnten als UnterstützerInnen gewonnen werden: das Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ MA, attac MA, DGB-Jugend Nordbaden, DIDF MA, DIDF-Jugend MA, Ewwe longt's, FairMieten – Initiative gegen Mietwucher in der Neckarstadt, Frauen gegen Rechts Rhein-Neckar, IL Rhein-Neckar, ISO Rhein-Neckar, Migrantinnen-Verein Rhein-Neckar e.V. und Solidaritätsnetzwerk MA.

Rund 100-120 Menschen beteiligten sich direkt an der Kundgebung, die äußerlich durch die strikte Beachtung von Corona-Schutzmaßnahmen geprägt war (Schutzmasken, Abstandsmarkierungen auf dem Boden ...). Zahlreiche „Zaungäste“ verfolgten außerhalb des markierten Kundgebungsbereichs das inhaltliche spannende und breit gefächerte Programm mit vielfältigen Beiträgen.

Die insgesamt acht Kurzreden zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen sowie die musikalische Begleitung durch die Mannheimer Sängerin Gizem fanden den lebhaften Beifall der Anwesenden.

Krise verschärft Ungerechtigkeiten

Im Einladungsflugblatt des Aktionsbündnisses #unteilbar war zu lesen: „Die Pandemie trifft uns alle, doch bei weitem nicht alle gleich. Was vorher ungerecht war, wird in der Krise noch ungerechter.“

Diese Einschätzung konnte durch viele konkrete Beispiele verdeutlicht werden.

Zur Sprache kamen der Kampf gegen Ausgrenzung, die Durchsetzung von Frauenrechten, der Protest gegen den drohenden Abbau bei Isdraht und Kaufhof, die Notwendigkeit überbetrieblicher Solidarität, die erforderliche Verbesserung der Lage in der Altenpflege, die Bekämpfung von Wohnungsnot sowie der Widerstand gegen Rassismus und Faschismus.

Ein Betriebsratsmitglied des Mannheimer Traditionsbetriebs Isdraht beleuchtete beispielhaft das skrupellose Vorgehen maßgeblicher Kapitalfraktionen. Bei Isdraht will das Konzernmanagement zum Jahresende die Produktion in Mannheim einstellen und nach Polen verlagern. Über 100 meist gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte würden dann ihren Arbeitsplatz verlieren.

Bedrohungen entschieden bekämpfen

Wolfgang Alles vom Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ moderierte die Kundgebung. Er wies zu Beginn der Veranstaltung darauf hin, dass weltweit immer mehr Menschen in ihrer Existenz bedroht würden und keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung hätten.

Alles kritisierte, dass die Milliarden aus den Konjunkturprogrammen vor allem den Konzernen zugutekämen. Jetzt sei es aber dringend erforderlich, in das Sozialsystem, in den Klimaschutz, in das Gesundheitswesen und den Kultur- und Bildungsbereich zu investieren. Gleichzeitig müsse Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungserzählungen entschieden entgegengetreten werden, weil diese unser Zusammenleben bedrohten.

Insgesamt war dies eine gelungene Veranstaltung, die zudem eine gute mediale Beachtung gefunden hat und in Zukunft eine noch engere Zusammenarbeit der beteiligten Initiativen und Organisationen erleichtert. ■



#unteilbar-Kundgebung vor dem Kaufhof am Paradeplatz, 13. Juni 2020.

Foto: helmut-roos@web.de.

„Wer, wenn nicht wir ...“ Vernetzung für eine soziale Front

R. G.

„Wer, wenn nicht wir ...“. So lautete das Motto der Einladung zu einem virtuellen „Vernetzungstreffen“ für die Rhein-Neckar-Region am 17.06.2020. Angesprochen wurden für diesen ersten Schritt Menschen, Initiativen und Organisationen, die zur gewerkschaftlichen und politischen Linken gehören und bereits in der Vergangenheit zu gemeinsamen Aktionen bereit waren.

Ausgangspunkte

Die Einladung und die mündliche Einleitung zum Austausch nannten mehrere Gründe für diese Vernetzungsinitiative:

Erstens die positive Erfahrung der gemeinsamen Vorbereitung und Durchführung der 1.-Mai-Kundgebung sowie der #unteilbar-Aktion am 13. Juni in Mannheim.

Zweitens eine bisher kaum gekannte Zuspitzung von Krisen.

Drittens das Ziel wesentlicher Kapitalfraktionen, die gesundheitlichen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisenfolgekosten auf die große Mehrheit der Bevölkerung abzuwälzen.

Viertens der gemeinsame Austausch über wichtige Fragen. Zum Beispiel: Wie können wir den neoliberalen, rechten Lügen und Verdrehungen leicht verständliche Aufklärung und gemeinsamen Protest auf möglichst breiter Ebene entgegensetzen?

Positive Resonanz

Die Resonanz auf die Einladung war durchweg positiv. Allerdings konnten nicht alle Interessierten an der Videokonferenz teilnehmen.

Neben politisch Aktiven aus der Rhein-Neckar-Region hatten sich auch einige Engagierte aus anderen Orten zugeschaltet. Dies belegt, dass verstärkt die Notwendigkeit einer Vernetzung gesehen und die gemeinsame Diskussion sowie gegenseitige Unterstützung gesucht wird.

Lebhafte Diskussion

In der lebhaften Diskussion wurde deutlich, dass eine kontinuierliche Zusammenarbeit gewollt wird. Aber auch, dass eine bessere Vernetzung nur wirkungsvoll sein kann, wenn sie von konkreter politischer Arbeit der Beteiligten getragen wird. Das heißt, es müssen unterschiedliche lokale, regionale und bundesweite oder sogar internationale Arbeitsschwerpunkte eingebracht werden. Entsprechend ist ein aktives Werben für eine derartige Vernetzung – ausgehend von den jeweiligen Bedingungen – erforderlich.

Für Mittwoch, den 15. Juli 2020, 19 Uhr wurde ein weiteres Treffen verabredet.

Unsere Haltung

Wir setzen uns für eine kontinuierliche und solidarische Vernetzung über alle Organisations- und Bereichsgrenzen hinweg ein. Angesichts der Krisen des kapitalistischen Weltsystems (Klima, Wirtschaft, Flucht, Pandemien ...), dem Aufschwung rechter und faschistischer Strömungen sowie der Verbreitung von Verschwörungserzählungen ist eine solche Zusammenarbeit längst überfällig und notwendig. ■



#unteilbar-Kundgebung am 13. Juni in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de

Betriebsarbeit in Zeiten der „Corona-Pandemie“

Ein Gespräch mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten (III. und letzter Teil)*

Seit Monaten sind die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen die vorherrschenden Themen. Für uns Grund genug mit KollegInnen aus Chemie-, Metall- und Speditionsunternehmen über die aktuelle betriebliche Situation zu sprechen.

Wie werden die BR- und die Vertrauensleute-Sitzungen durchgeführt? Gibt es regelmäßige Austauschmöglichkeiten?

Tom: Alles nur sehr eingeschränkt. Vertrauensleute gibt es bei uns nicht. Die Betriebsräte, die vor Corona aktiv und ansprechbar waren, sind es meistens auch jetzt. Die anderen kannst du meiner Meinung nach vergessen.

Clara: Im Moment werden keine Sitzungen durchgeführt.

Kevin: Um große Sitzungen zu vermeiden, haben wir sozusagen auf einen Notbetrieb umgestellt. Das heißt, die gesamte BR-Arbeit macht derzeit der Betriebsausschuss (BA). Gerade die weniger aktiven BR-KollegInnen sind damit zufrieden. Sie können Verantwortung abgeben, müssen nicht so aktiv sein und können sich „zurücklehnen“. Andere fühlen sich durch die Einbindungsversuche der Chefs jetzt als wichtig. Sie genießen diese scheinbare Anerkennung. Der BA trifft sich mehrmals die Woche. Und für den Notfall gibt es eine „WhatsApp-Gruppe“.

Heiko: Wir führen im BR Videokonferenzen durch. Aber die wesentliche Arbeit macht der BA. Ein Teil der Betriebsräte ist abgetaucht. Die Vertrauensleute sind bei uns schwach und jetzt kaum noch zu irgendetwas zu bewegen.

Gibt es Unterstützung seitens der Gewerkschaft?

Clara: Ja. Gerade wenn es um rechtliche Unklarheiten geht, werden wir beraten. Aber dies bewegt sich natürlich im Rahmen der gewerkschaftlichen Gesamtstrategie. Und die ist nicht klassenkämpferisch, sondern kooperativ und partnerschaftlich.

Kevin: Für uns kann ich dies nicht uneingeschränkt bejahen. Aber das hängt wahrscheinlich sehr vom Bezirk und den zuständigen Hauptamtlichen ab. Wir haben zum Gewerkschaftsapparat sowieso eine kritische Haltung, und darum ist unsere Zusammenarbeit – vorsichtig gesagt – nicht konfliktfrei. Ich habe den Eindruck, dass „die“ Gewerkschaft zurzeit überfordert ist und nicht weiß, wie sie in dieser Situation agieren soll. Mal sehen, ob sich das noch ändert.

Heiko: Schon. Aber wir verlassen uns sowieso nicht nur auf die zuständige Sekretärin, sondern klären vieles auch mit unserem Anwalt.

Wie wird der Kontakt zu den Beschäftigten gehalten? Gibt es regelmäßige Ansprechzeiten (Telefon, Videochat usw.)?

Clara: Bei uns halten nur wenige Betriebsräte den direkten Kontakt zu den Beschäftigten aufrecht. Die anderen siehst du nicht mehr in den Abteilungen. Aber das sind vor allem diejenigen, die vorher schon selten in den Abteilungen waren. Jetzt haben sie dafür einen „guten“ Grund. Die Krise zeigt eben auch bei uns, wo es Schwächen oder Fehlbesetzungen gibt. Regelmäßige Ansprechzeiten werden von der BR-Mehrheit nicht organisiert.

Kevin: Wir halten den Kontakt zu unseren KollegInnen wie vor Corona. Wir gehen unter Einhaltung der Infektionsschutzregeln in die Abteilungen. Und das BR-Büro ist immer für alle offen.

Tom: Bei uns war dieser Kontakt schon immer schwierig und unterentwickelt. Das ist durch Corona noch schlechter geworden. Aber die Betriebsräte, die vor der Krise aktiv waren, sind

es jetzt immer noch. Die Faulen haben einen weiteren Grund gefunden, nichts zu tun.

Wie werden Abteilungs- und Betriebsversammlungen durchgeführt?

Kevin: Unsere geplante Betriebsversammlung wurde erstmal abgesagt. Eine alternative Planung gibt es noch nicht. Da der Betriebsrat praktisch nur noch ein „Rumpf-BR“ ist, gibt es auch nicht unsere regelmäßigen Veröffentlichungen.

Clara: Bei uns wurden alle Versammlungen abgesagt. Derzeit gibt es auch keine Planung, z. B. eine Telefon- oder Videokonferenz durchzuführen.

Heiko: Die Betriebsversammlung wurde abgesagt. Es gibt zwar die Idee, eine Versammlung als Videokonferenz durchzuführen, aber dies ist noch nicht wirklich konkret.

Tom: Bei uns wurden die sowieso schon seltenen Versammlungen vorerst ausgesetzt.

Welche Auswirkungen erwartet ihr für die kommenden Monate?

Tom: Ich befürchte, dass Stellen entfallen. Wenn die Auftraggeber ihre Produktion zurückfahren, hat das unmittelbar Auswirkungen auf externe Firmen wie uns. Ich rechne dann eher mit Entlassungen als mit Kurzarbeit. Bezüglich der Betriebsratsarbeit erwarte ich überhaupt keine Änderungen.

Kevin: Wir fürchten, dass für einige Abteilungen Kurzarbeit beantragt wird. Das kann schon problematisch werden. Aber noch mehr fürchte ich, dass die Chefetage die Krise nutzt, um weiter zu „optimieren“. Die Angst der KollegInnen vor Arbeitsplatzverlust schafft dafür gute Voraussetzungen. Und auch der Rückzug eines Teils des Betriebsrates kommt dem Unternehmen entgegen. Ich hoffe, es gelingt, die bei uns verbreitete „Corona-Lethargie“ zu überwinden. Die kann ja auch ganz schnell zu Resignation führen. Einfach wird dies für uns nicht.

Heiko: Bei uns sehe ich keine Kurzarbeit. Aber die konzernweite „Optimierung“ wird natürlich fortgesetzt. Die Folgen für uns werden noch mehr Arbeitsdruck sein. Alles steht und fällt damit, ob wir den Betriebsrat und den Vertrauensleutkörper verjüngen und aktivieren können. Im Moment haben wir dazu zwar ganz gute Chancen, aber einfach geht anders.

Clara: Ich rechne auch bei uns mit Kurzarbeit. Das hängt aber davon ab, wie lange der „Lockdown“ greift und wann der globale Handel wieder funktioniert. Ob es den aktiven Betriebsräten und Vertrauensleuten gelingt, aus der Krise gestärkt herauszukommen, kann ich noch nicht sagen. Aber ein Teil der Belegschaft hat – zumindest im Moment – verstanden, welche BetriebsrätInnen aktiv sind und etwas bewegen möchten und welche nicht. Ob das von Dauer sein wird, kann ich nicht sagen. Aber derzeit sieht es ganz gut aus und ich bin zuversichtlich.

* [Das Gespräch fand Mitte April statt. Die Namen wurden zum Schutz der Teilnehmenden geändert. Die Fragen stellte U. D.] ■

Galeria Karstadt-Kaufhof

Alternativlose Arbeitsplatzvernichtung?

O. T.

Fast jede dritte Filiale von Galeria Karstadt Kaufhof (GKK) soll plattgemacht werden (62 von insgesamt 172). Rund 5.300 von insgesamt 28.000 Beschäftigten sollen dadurch ihre Arbeit verlieren. Dazu kommt noch der Abbau von 1.000 Stellen durch die Schließungen von 20 der 30 Karstadt-Sport-Filialen und von 100 der insgesamt 130 Reisebüros des Konzerns.

Filiale in Mannheim vor Schließung

Auch die Filiale in der Kunststraße (N 7) in Mannheim mit 75 meist langjährig Beschäftigten ist betroffen. Die Filiale am Paradeplatz soll dagegen erhalten bleiben.

Begründet werden die Schließungen mit der Corona-Pandemie, die im Frühjahr zur befristeten Schließung aller Filialen geführt hatte. Dadurch sei der Konzern massiv in die Krise geraten. Die Weiterführung der von Schließung betroffenen Filialen würde der Konzernleitung zufolge angeblich die Existenz des Unternehmens gefährden.

Zweifelsohne wirkte sich die Schließung der Kaufhäuser in der Pandemie negativ auf das Geschäft aus. Aber GKK-Eigentümer und Immobilien-Spekulant René Benko wollte schon im vorigen Jahr Schließungen durchsetzen. Das hatte ver.di zwar noch um den Preis eines „Sanierungstarifvertrags“ verhindern können, der aber erhebliche Einkommensverluste für die KollegInnen bedeutete.

Staatlicher „Schutzschirm“ ohne Kündigungsschutz?

Anfang April 2020 ist GKK unter den staatlichen „Schutzschirm“ geschlüpft, was einem Vorinsolvenzverfahren mit staatlicher Beteiligung gleichkommt. Der Staat übernimmt praktisch alle Personalkosten und bestellt dann Verfahrenssachwalter. Diese haben die Aufgabe, mit allen Beteiligten (Vorstand, Betriebsrat, Gewerkschaft, Gläubiger, Anteilseigner) einen Plan zur wirtschaftlichen „Gesundung“ des Unternehmens zu erarbeiten. Dieser Plan soll dann dem Verwaltungsgericht vorgelegt werden. Stimmt das Verwaltungsgericht dem Plan zu, muss er umgesetzt werden, stimmt es nicht zu, kommt es zu einem „ordentlichen“ Insolvenzverfahren.



DGB-Demo am 1. Mai 2019 in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de.

Im Ergebnis wird klar: Dieser staatliche „Schutzschirm“ bietet keinen wirklichen Schutz vor Kündigungen. Die eingesetzten Steuergelder werden ausschließlich zur Verbesserung der „Wettbewerbsfähigkeit“ des Konzerns eingesetzt, um wieder in die Gewinnzone zu kommen.

Das nützt vor allem dem Eigentümer Benko, der mit den staatlicherseits genehmigten und durch den „Schutzschirm“ mitfinanzierten Schließungen in seiner beabsichtigten „Neustrukturierung“ des Unternehmens einen erheblichen Schritt weiterkommt.

Zudem werden viele Filialen in Immobilien, die sich in seinem Besitz befinden, weiterhin hohe Mieten zu entrichten haben, denn zu Mietminderungen ist er nicht bereit. Dort, wo Filialen fremd eingemietet sind, will GKK allerdings hohe Mietnachteile durchsetzen. Dies betrifft insgesamt 12 Filialen, ansonsten droht GKK auch hier mit der Schließung.

Transfergesellschaft keine Lösung

Ver.di konnte nach eigenen Angaben die von der Konzernleitung und von den Verfahrenssachwaltern gewollten Verschlechterungen des „Sanierungstarifvertrags“ weitgehend abwehren. So sei unter anderem der ursprünglich geplante weitere Abbau von 10 Prozent der Stellen in den verbleibenden Filialen jetzt vom Tisch. Für diese gelte jetzt eine Beschäftigungssicherung.

Die Perspektive für die von den Schließungen betroffenen KollegInnen ist, dass sie zunächst für mindestens sechs Monate in eine Transfergesellschaft „zur Beschäftigung und Qualifizierung“ wechseln können. Ob danach eine neue Arbeitsstelle gefunden werden kann, ist jedoch völlig offen. Klar ist nur, dass der alte Arbeitsplatz weg ist.

Die Betriebsratsvorsitzende des Kaufhofs in der Kunststraße, Sabine Jakoby, hat angekündigt, dass sich der Betriebsrat noch nicht ganz „geschlagen geben“ wolle.

Benko enteignen

Um die betroffenen Kaufhof-KollegInnen wirksam unterstützen zu können, ist eine breite öffentliche und gewerkschaftsübergreifende Solidarität notwendig. Ver.di muss deshalb gemeinsam die Rücknahme der Filialschließungen in Mannheim, Landau, Worms und anderswo einfordern und unter Berufung auf Artikel 14 des Grundgesetzes ein Verbot von Entlassungen einfordern. Statt des üblichen Lamentos aus der Sphäre der Berufspolitik benötigen die GKK-Beschäftigten und wir alle eine Kampagne zur Enteignung von Spekulanten wie Benko. So könnten Arbeitsplätze gesichert und ein sozialer und ökologischer Umbau der zunehmend verödeten Innenstädte in die Wege geleitet werden. ■

Konferenz „Betriebsräte im Visier“ Bossing, Mobbing & Co.

E. B.

Bereits zum siebten Mal findet am 17. Oktober 2020 in Mannheim – unter strikter Beachtung von Gesundheitsschutzmaßnahmen – die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt. Sollte eine zweite Welle der Corona-Pandemie es erfordern, wird die Tagung als Videokonferenz durchgeführt werden.

Seit 2014 organisiert das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“ mit Unterstützung der IG Metall Mannheim diese Veranstaltung. Weitere Kooperations-PartnerInnen sind AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

KollegInnen, die von BR-Mobbing betroffen sind, geben immer wieder die Rückmeldung, wie wichtig dieser jährliche Erfahrungsaustausch für sie ist.

Dieses Jahr steht die Suche nach einer wirksamen Strategie gegen BR-Mobbing im Mittelpunkt.

Insbesondere sollen folgende drei Fragen beantwortet werden:

- Ist die von der IG Metall beschlossene „Taskforce“ / „Anlaufstelle“ gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung nur „ein schöner Traum“?
- Kann *Organizing* ein wirksames Mittel der Gegenwehr sein?
- Und: Was ist zu tun, um eine effektive rechtliche Strategie umsetzen zu können?

Plenumsdiskussionen, ein Podiumsgespräch zum Thema „Gegen BR-Mobbing – wie erfolgreich handeln?“ sowie ein Impulsreferat zur Weiterarbeit und eine Zusammenfassung runden das anspruchsvolle Programm ab. Natürlich darf der wichtige informelle Austausch in den Pausen und beim gemeinsamen Abendessen nicht fehlen.

In der Entschließung der sechsten Kon-

ferenz „BR im Visier“ vom 19.10. 2019 heißt es:

„Politik, Medien und Justiz befassen sich nur in seltenen Ausnahmefällen mit dem illegalen Treiben der Branche der BR-Mobber und Gewerkschaftsgegner. [...] Die persönlichen Folgen des BR-Mobbing für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sind verheerend. [...]“

Auch auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene sind die Folgen von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung extrem negativ. Zum einen werden demokratisch gewählte betriebliche Interessenvertretungen von vorneherein verhindert. Zum anderen wird die Arbeit bereits existierender Gremien bewusst gestört. [...]

Damit verbunden sind in der Regel Angriffe auf die gewerkschaftliche Organisation am Arbeitsplatz, auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und auf die Tarifbindung. [...] Das „Recht des Stärkeren“ wird zu einer Alltagserfahrung. Es gilt immer mehr als „Normalität“ – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern zudem auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft. [...]

Wir [...] fordern [...] den DGB und die Einzelgewerkschaften auf,

- allen Betroffenen [...] Unterstützung auf allen Ebenen zu gewähren
- aktive Einsatzgruppen gegen BR-Mobbing zu bilden
- und strategisch aktive betriebliche Gegenmacht zu fördern.

Unsere von BR-Mobbing betroffenen Kolleginnen und Kollegen fordern wir

auf: Stärkt Eure [...] Organisation und Vernetzung!“

Durch die Gesundheitsschutzmaßnahmen ist die Anzahl von Plätzen sehr begrenzt. Deshalb ist eine rechtzeitige Anmeldung zu empfehlen. ■

Um verbindliche Anmeldung wird gebeten bis spätestens 12. Oktober 2020.

Per E-Mail:

solidaritaet@gegen-br-mobbing.de
Per Post: Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim

Infos: www.gegen-br-mobbing.de

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Wie bekämpfen?

Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen,
Michael Bolte (DGB-Bundesvorstandsverwaltung)
Carl-Friedrich Bossert, Petra Jentsch (IG Metall Vorstand)
Alexander Mohrlang (IGM Baden-Württemberg)
Dietrich Growe (Rechtsanwalt)
und vielen anderen

Samstag, 17. Oktober 2020

13:00 – 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln



Solidaritätsaktion in Frankfurt am Main gegen BR-Mobbing bei Hyundai, 19. Juni 2020.

Foto: Avanti².

Frankreich

Neue Geschenke für das Kapital, neue Angriffe gegen die arbeitenden Klassen

P. A./M. G.

Die bisher letzte Fernsehansprache an „sein Volk“ hielt der französische Staatspräsident Macron am 14. Juni 2020. Schon nach den ersten Minuten war klar, dass seine Selbstgefälligkeit trotz der Corona-Krise nicht gelitten hat. Zur Erinnerung: In Frankreich sind bisher nach offiziellen Angaben rund 30.000 Menschen an COVID-19 gestor-

Keine Überraschung war auch, dass Macron die Krise in unserem westlichen Nachbarland und die dort derzeit populären Forderungen ignorierte. Kein Wort zu den Gewaltexzessen der Polizei, obwohl sie überall kritisiert werden. Stattdessen eine bedingungslose Unterstützung für die „Ordnungskräfte“.

Es ist bezeichnend für den Präsidenten, dass sich für ihn die neue Phase nach dem „Lockdown“ auf die wirtschaftliche „Erholung“ und die Rückkehr aller an die Arbeitsplätze beschränkt.

Während hunderttausende ArbeiterInnen bereits ihre Anstellungen verloren haben und KollegInnen sich gegen Betriebs-schließungen wehren, sind von Macron nur Floskeln zu hören. Es sei notwendig, „so viele Stellen als möglich zu erhalten“. Zudem kündigte der Staatspräsident die Wiederaufnahme des Unterrichts für alle SchülerInnen an.

500 Milliarden für die Unternehmer

Macron sprach zwar von einer massiven finanziellen Unterstützung für den Aus- und Weiterbildungsbereich sowie für das Gesundheitswesen, aber er nannte keine einzige konkrete Zahl für Neueinstellungen und Gehaltserhöhungen. Hingegen kündigte er ein 500 Milliarden schweres Finanzpaket ausschließlich für Privat-Unternehmen an.

Die Ankündigungen Macrons klingen wie üble Täuschungen, denn gleichzeitig lässt er weitere Deregulierungen und neue sozialpolitische Angriffe vorbereiten. Um die enorm gestiegenen Staatsschulden abtragen zu können, müsse – trotz wachsender

Arbeitslosigkeit – mehr und länger gearbeitet werden.

Schließlich vermied Macron, auf die Einschränkung demokratischer Freiheiten – wie das bisher geltende Demonstrationsverbot in Frankreich – einzugehen, das kurz zuvor vom Staatsrat kassiert worden war.

Wiederbelebung der sozialen Gegenwehr

Unsere GenossInnen der NPA (Neue Antikapitalistische Partei) treten hingegen für eine umgehende Entwaffnung der Polizei ein. Sie fordern ferner Gerechtigkeit für die zahlreichen Opfer von Polizeigewalt.

Gegen Erwerbslosigkeit verlangen sie das Verbot von Entlassungen und die Verteilung der Arbeit auf alle ohne Entgeltverlust.

Die Streichung der öffentlichen Schulden und die Beschlagnahme von Finanzkapital sehen sie als Voraussetzung für den massiven Wiederaufbau der öffentlichen Dienste an, die durch den Neoliberalismus kaputt „gespart“ worden sind. Es sei dann möglich, in diesem Bereich eine Million Menschen neu einzustellen, insbesondere aber im Bildungs- und im Gesundheitswesen. Zudem müsse es, wie dies derzeit das Gesundheitspersonal fordert, eine Entgelterhöhung von 300 € für alle abhängig Beschäftigten geben.

Nur durch weitere Mobilisierungen und die Wiederbelebung einer sozialen Gegenwehr könnten die Kräfteverhältnisse zugunsten der arbeitenden Klassen verändert werden. Dies ist umso dringlicher als Macron vor wenigen Tagen andeutete, dass er die zunächst zurückgestellte „Rentenreform“ wieder angehen wolle ...



Demo und Straßenblockade des Pflegepersonals vor dem Hospital Casanova in Saint-Denis, 18. Juni 2020.

Foto: Photothèque Rouge /JMB.

Rassismus tötet

159 „Farbige“ als Opfer von Polizeigewalt in Deutschland

HELMUT DAHMER

1. 1945 machten alliierte Truppen dem Hitler-Himmlerschen Terror- und Polizeistaat ein Ende. Aus der preußischen Geheimpolizei und den entsprechenden Organisationen der anderen Reichsländer hatte sich seit 1933 die berüchtigte Gestapo formiert. Im Zweiten Weltkrieg brachten die Polizei-„Einsatzgruppen“ – „ganz normale Männer“¹ – Hunderttausende Menschen in Polen und Russland um. Auf deutschen Polizeistationen wurde bis zum Frühjahr 1945 geprügelt und gefoltert. Über Widerstandsaktionen von Polizeibeamten, die diesen Namen verdienen, ist nichts bekannt. Von dieser Geschichte der deutschen Polizei weiß der normale deutsche Polizist offenbar so gut wie nichts.
2. Die Polizei hat (in aller Herren Länder) zwei einander widersprechende Aufgaben: Sie soll das bestehende Recht (den Hüter der Ungleichheit) *wahren* und hat im Krisenfall (bei Rechtsverstößen, Verbrechen, Massendemonstrationen und Aufruhr) die Kompetenz, nicht nur bestehendes Recht durchzusetzen, sondern – durch Immunität geschützt – dem staatlichen Gewaltmonopol durch improvisierte Rechts-*Setzung* (Ordnungs-„Maßnahmen“) Geltung zu verschaffen. Die Rechts-*Setzung* kollidiert dann mit der Rechtswahrung, und wo beide sich überschneiden, entsteht ein Freiraum, in dem jedwede Mißbrauch Tür und Tor geöffnet sind.
3. Aus der repräsentativen „Leipziger Autoritarismus-Studie 2018“ wissen wir, dass „die Ausländerfeindlichkeit [...] die am weitesten verbreitete antidemokratische Einstellung in der Bundesrepublik“ ist² und dass „mehr als 40 % der Befragten [...] die manifeste Bereitschaft auf[weisen], ein autoritäres System zu stützen.“³ Sofern Polizei (und Heer) eine Art „Spiegel“ der Gesellschaft sind, steht zu erwarten, dass autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen sich mit ähnlichen prozentualen Anteilen auch im Gesamtkader deutscher Polizistinnen und Polizisten wiederfinden. Was diese Berufsgruppe angeht, ist aber noch ein weiterer Faktor zu berücksichtigen, denn zu den Motiven, die die Berufswahl von Polizeianwärtern bestimmen, gehört in allen Klasesengesellschaften auch der Wunsch, im Zweifelsfall nicht zu den Geschlagenen, sondern zu den Schlägern zu gehören, also zu der kleinen Truppe, die über Knüppel, Gas und Revolver verfügt, und zwar nicht nur, um Verbrecherbanden oder illegalisierte politische Gruppen zu bekämpfen, sondern auch um, falls nötig, eine aufmüpfige Normalbevölkerung in Schach zu halten.
4. In den drei Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten sind nicht weniger als 159 „Farbige“ in Polizei-„Gewahrsam“ oder durch Polizeischüsse ums Leben gekommen,⁴ und das sind 159 zu viel. Kaum aber wendet sich der – nach der Ermordung George Floyds

durch einen Polizeibeamten auf offener Straße – an den aktuellen Verhältnissen in den USA geschulte Blick zurück auf die Situation im eigenen Land, treten die Nebelwerfer und Schleiermacher in Aktion, vom Innenministerium bis zur Polizeigewerkschaft. Denn im Dunkeln ist gut munkeln. Und solange es keine empirischen Daten zu Wissen (und Unwissen), zu Motiven und Weltbild deutscher Polizisten gibt, wird jeder Aufklärungsversuch zwischen der Skylla des „General-Verdachts“ und der Charybdis der General-Verleugnung zerrieben.

5. Warum aber spielen Polizeigeschichte und Vorurteilkunde in der deutschen Polizeiausbildung so gut wie keine Rolle? Warum gibt es (fast) keine empirische Studie zu Motivation, Wissensstand und Weltbild deutscher Polizisten? Fragen über Fragen. Doch Heinrich Heine wusste: Nur „ein Narr wartet auf Antwort“ ... ■

¹ Browning, Christopher R. (1992), *Ganz normale Männer*, Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek (Rowohlt) 1993 (Neuaufgabe 2020). Ferner: Krausnick, Helmut (1981), *Hitlers Einsatzgruppen*, Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938-1942, Frankfurt (Fischer) 1985 (1998).

² Decker, Oliver, und E. Brähler (Hg.) (2018), *Flucht ins Autoritäre*, Rechts-extreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen (Psychosozial-Verlag), S. 109. Vgl. dazu auch Katrin Elgers *Spiegel*-Interview mit Yasemin Shooman: „Es geht um viel mehr“; in: *Der Spiegel*, 13. 06. 2020, S. 39.

³ Decker und Brähler, a. a. O., S. 152.

⁴ Neufeld, Dialika (2020), Leitartikel „Unsere George Floyds“; in: *Der Spiegel*, 13. 6. 2020, S. 6.



BLM-Kundgebung am 6. Juni in Mannheim.

Foto: A.D.

Sommerseminar 2020 – SA, 25. Juli, 13:00 - 17:00 Uhr

Kapitalismus – unser Schicksal?

E. B.

Wir erleben derzeit eine enorme Zuspitzung sich gegenseitig bedrohlich verstärkender Krisen – in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Umwelt.

Die Ablenkung von den Ursachen der realen Probleme läuft auf Hochtouren.

Die arbeitenden Klassen sollen für die krisenbedingten Verluste der herrschenden 0,1 Prozent aufkommen. Diese verfolgen eine zynische Strategie des Klassenkampfes von oben, um ihre Macht sichern und ihren Reichtum noch weiter vergrößern zu können.

Zweifelsohne ist angesichts der weltweiten Katastrophen ein bewußter Neuanfang erforderlich – sowohl bei der geduldigen Entwicklung eines wirksamen Widerstands als auch beim systematischen Aufbau einer glaubwürdigen und solidarischen Alternative zum Kapitalismus.

Bei unserem Sommerseminar wollen wir uns – unter sorgsamer Beachtung des Gesundheitsschutzes – vor allem mit zwei

Fragestellungen befassen:

1. Getreu dem Motto „Ausgehen, von dem, was ist.“ – Wie sieht ein Überblick über die verschiedenen Krisenstränge des Kapitalismus und ihrer Verknüpfung aus?
2. Gemäß dem Satz „Wir wollen die Welt nicht interpretieren, sondern verändern.“ – Was tun, um nicht nur den Angriffen der Herrschenden widerstehen zu können, sondern Solidarität möglichst breit wirksam werden zu lassen?

Mit kurzen Referaten, Filmen, Lesungen, Musikbeiträgen und natürlich vielen Diskussionen wollen wir in einem entspannten Rahmen versuchen, auf diese und andere Fragen gemeinsame Antworten zu finden. ■

Wir freuen uns sehr auf Deine Teilnahme!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung direkt bei unseren GenossInnen oder bei ISO Rhein-Neckar Postfach 102610, D-68026 Mannheim, Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54, E-Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de.

Sommerfest 2020 – SA, 25. Juli, 17:00 Uhr

Gemeinsam aktiv, gemeinsam feiern!

E. B.

Unter Corona-Bedingungen merken wir sicherlich alle noch mehr als sonst, dass es höchste Zeit ist, unser gemeinsames politische Engagement mit dem gemeinsamen Feiern zu verbinden. Am Samstag, den 25. Juli 2020, findet deshalb ab 18:00 Uhr in Mannheim das diesjährige Sommerfest der ISO Rhein-Neckar statt.

Gerade in Zeiten des kapitalistischen Niedergangs kommt der persönliche Austausch aufgrund der Organisation unserer vielen politischen Verteidigungs-Aktivitäten oft zu kurz. Unser Sommerfest bietet Raum zum Reden, zum Zuhören, zum Lachen – unter dem Motto: Es lebe das richtige Leben, auch im falschen!

Um die nach wie vor erforderlichen Gesundheitsschutzregeln (Abstand, Hygiene, ...) achtsam einhalten zu können, haben wir ein weitläufiges Festgelände und Räumlichkeiten organisiert.

Für Musik und Getränke ist ausreichend gesorgt, auch der Grill wird so bestückt werden, dass niemand Hunger leiden muss. Wir freuen uns dennoch, wenn Ihr die eine oder andere Leckerei und vor allem gute Laune mitbringt. ■

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung direkt bei unseren GenossInnen oder bei ISO Rhein-Neckar Postfach 102610, D-68026 Mannheim, Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54, E-Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de.



Sommerlandschaft 2020.

Foto: Privat.

„Rasse“ im Grundgesetz

HELMUT DAHMER

Nach dem Zweiten Weltkrieg richteten sich verschiedene Menschenrechtsdeklarationen – darunter auch die des Grundgesetzes (GG) von 1949 – gegen die Diskriminierung und Verfolgung von Menschen, die von verängstigten Mehrheiten unter dem Einfluss von Demagogen als „gefährliche Fremde“ ausgegrenzt wurden. Das betraf zum einen Menschen, die von Territorien außerhalb der kapitalistischen Zentren Europa und Nordamerika in diese verschleppt worden oder in sie eingewandert waren, zum andern überlebende Opfer des deutschen NS-Menschenfresser-Staats (Juden und Angehörige der Sinti und Roma).

Der Versuch schlägt fehl, auf die Magie der Sprache setzend, diese von fatalen Stereotypen zu reinigen. Wer den Rassismus unserer Landsleute durch Tilgung eines Worts im Menschenrechtskatalog des Grundgesetzes bekämpfen will, also darauf hofft, dass sie auf diese Weise ihren „Rassismus verlernen“, verwechselt – wie Don Quichotte – Windmühlen mit Riesen.

Der Artikel 3 (3) führt nicht weniger als zehn Persönlichkeitsmerkmale auf, die (vor Proklamation des GG) allzu vielen Menschen (und den drei Gewalten) Anlass zu „Benachteiligungen“ gaben; er appelliert an diese Mehrheit (und die staatlichen Instanzen), ihrer Benachteiligungstendenz (in Anbetracht des Gleichberechtigunggebots) künftig nicht mehr freien Lauf zu lassen.

Sprachtabus ziehen keine Einstellungsänderungen nach sich. Das Verpönte sucht und findet stets wieder neue Ausdrucksmöglichkeiten. Wer nicht mehr „Heil Hitler“ schreit, schreibt nun 88; und wer „die Juden“ hasst, bringt, wie der NSU, Muslime um. Statt

den Artikel 3 (3) des GG bald zu erweitern, bald zu kürzen, bietet sich eine einfache und umfassende Umformulierung an, etwa: „Niemand darf wegen seiner Aussehens, seiner Kleidung, seines Geschlechts, seiner körperlichen Verfassung, seiner sexuellen, politischen und religiösen Orientierung benachteiligt werden.“ ■

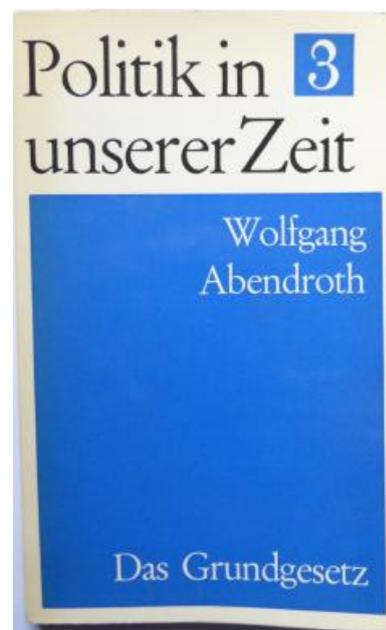


Foto: Avantif?

Sehr empfehlenswerte Lektüre zum Grundgesetz.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 02.07.2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- MI, 15.07.2020, 19:00 Uhr, Viko „Wer, wenn nicht wir ...“
- DO, 16.07.2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- SO, 19.07.2020, 17:00 Uhr, ISO-Forum zu Ernest Mandel im Netz
- FR, 24.07.2020, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- SA, 25.07.2020, 13:00 Uhr, ISO-Sommerseminar „Kapitalismus – unser Schicksal?“*
- SA, 25.07.2020, 17:00 Uhr, ISO-Sommerfest*

*(mit sorgsamer Beachtung der Gesundheitsschutzregeln)

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

